



Kampf um die Milch

Die Mengen müssen wieder begrenzt werden

► DETLEF DREWES (BRÜSSEL)

Was ist das nun? Eine Spätfolge der so oft kritisierten Milchseen und Butterberge? Oder der Preis für die Marktwirtschaft? Viele Milchbauern leben nicht mehr, sie überleben nur noch. Preise unter 30 Cent pro Liter, die sie noch vor Jahren auf die Straßen trieben, reichen zwar auch kaum, um einen mittelständischen Betrieb rentabel führen zu können. Doch nun bekommen sie nicht einmal mehr 20 Cent. Weil zu viel produziert wird. Weil ein Ausgleich fehlt. Weil Staat und EU nicht mit sich über ein neues System der Mengengrenzung – wie die abgeschaffte Milchquote – reden lassen. Und weil Molkereien und Einzelhandel alles billiger machen.

Milchmädchen-Rechnung

Der Verbraucher mag sich freuen, wenn die Preise purzeln. Doch das ist eine Milchmädchen-Rechnung, wenn der Staat dreistellige Millionensummen in die Hand nehmen muss, um Höfe zu stabilisieren. Eine gesunde landwirtschaftliche Struktur sieht anders aus. Doch bislang streiten die verschiedenen Verbände, in denen die Landwirte zusammengeschlossen sind, um den richtigen Weg. Natürlich könnte sich die Branche verpflichten, die Milchmenge zu begrenzen. Doch wer von dem weißen Gold leben muss, braucht mehr Umsatz – nicht weniger. Und eine solche freiwillige Quote wirkt erst, wenn wieder einige Höfe mehr „gestorben“ sind.

Dabei wissen die EU und die Regierungen der betroffenen Mitgliedstaaten sehr wohl, dass es nicht reicht, die Bauern sozusagen zu Angestellten zu machen, weil sie ja ganz nebenbei auch noch die Landschaft pflegen. Seit vielen Jahren enthalten die EU-Stellungnahmen vielversprechende Analysen über den

gesamten Markt – vom Hersteller über die verarbeitenden Betriebe bis hin zu den großen Einzelhandelsketten. Hinzu kommt, dass die Produzenten auch noch als Bauernopfer die Auswirkungen des russischen Lebensmittel-Embargos ausbaden müssen und mit scharfer Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu kämpfen haben.

Als China vor Jahren plötzlich seine Lust auf Milch entdeckte, spürten dies die Bauern im Geldbeutel. Die deutschen und europäischen Verbraucher auch, weil die Preise anzogen. Doch die Zeiten sind vorbei, was vor allem die Landwirte zu Geschädigten macht. Tatsächlich werden sie von den Lasten, die der freie Markt ihnen gebracht hat, schier erdrückt. Aber eine theoretische Debatte über das beste Marktsystem hilft nicht weiter. Die EU (und das heißt vor allem die europäischen Kunden und Verbraucher) müssen wissen, dass die Herstellung gesunder Lebensmittel, dass artgerechte Tierhaltung und immer neue Kontrollauflagen Geld kosten. Wer regionale und geprüfte Produkte will, muss sie bezahlen.

Deutlicher als in vielen anderen Branchen steht die EU tatsächlich vor dem Problem, ob sie die Kostenexplosion bei der Herstellung nicht auch mitverantwortlich und damit die Bauern unfähig für Konkurrenz gemacht hat. Damit stellt sich sehr wohl die Frage, ob man Hersteller nicht entschädigen oder unterstützen muss, wenn sie zuvor erlassene Qualitätsstandards einhalten sollen. Es geht nicht um neue Milchseen, sondern um deren Verhinderung. Wer darin einen Bruch mit den Gesetzen des freien Marktes sieht, hat Recht. Aber ein freier Wettbewerb, bei dem am Ende der Staat doch wieder in die Tasche greifen muss, hat auch mit beihilfefreier Herstellung nichts zu tun.

► az-politik@zeitungsverlag-aachen.de